SBV
SSE
SSIC

Schweizerischer Baumeisterverband
Société Suisse des Entrepreneurs
Società Svizzera degli Impresari-Costruttori
Societad Svizra dals Impressaris-Constructurs

Sessionsvorschau

Herbst 2021 (13. September – 1. Oktober 2021)



Überblick

Nationalrat

Nr.	Titel	Haltung SBV	Seite
19.4130	Mo. Martullo-Blocher. Regionalisierung der Arbeitslosenquote bei der Stellenmeldepflicht		3
20.081	Unterirdischer Gütertransport. Bundesgesetz		4
21.045	Immobilienbotschaft EFD 2021		4

Ständerat

Nr.	Titel	Haltung SBV	Seite
17.304	Kt. Iv. Tessin. Sichere Strassen jetzt!		5
19.050	Stabilisierung der AHV (AHV 21)		5
20.4268	Mo. UREK-N. Erhöhung der Planungssicherheit für Projekte für Anlagen von nationalem Interesse zur Nutzung erneuerbarer Energien		6
21.025	Zusatzkredit «Umfahrung Oberburg»		6
21.046	Veloweggesetz		7
21.305	Kt. Iv. Jura. Moratorium für den Aufbau des 5G-Millimeterwellennetztes		7
21.032	Entsendegesetz. Änderung		7
20.3532 20.3531	Mo. Rieder/Caroni. Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen		8
21.3688	Mo. Wicki. Stellenmeldepflicht. Verbesserte Qualität bei der Grundlagenerhebung		8

Nationalrat

Der Nationalrat behandelt folgende für den Schweizerischen Baumeisterverband wichtigen Geschäfte:

19.4130 Mo. Martullo-Blocher. Regionalisierung der Arbeitslosenquote bei der Stellenmeldepflicht

Phase Parlamentarische Initiativen

Empfehlung SBV: ANNAHME.

Inhalt: Die Motion will die Stellenmeldepflicht geografisch auf diejenigen Regionen oder Kantone beschränken, in denen die Arbeitslosenquote einer Berufsart den Schwellenwert erreicht oder überschreitet werden. Das WBF soll demnach jährlich im vierten Quartal für das Folgejahr festlegen, welche Berufsarten in welchen Regionen oder Kantonen unter die Stellenmeldepflicht fallen.

Bisherige Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

Haltung SBV: Offene Stellen in meldepflichtigen Berufsarten müssen heute in allen Kantonen und Regionen dem RAV gemeldet werden. Regionen mit tiefer Arbeitslosigkeit in einem meldepflichtigen Beruf haben heute das Nachsehen. Unter der Voraussetzung, dass die Qualität der Datenerhebung verbessert wird sowie digitale Hilfsmittel vermehrt eingesetzt werden, ist ein regional oder kantonal differenzierter Vollzug der Stellenmeldepflicht wirksamer als die heutige Stellenmeldepflicht mit ihren nationalen Schwellenwerten. Davon würden insbesondere handwerkliche Berufe mit vergleichsweise tiefer Mobilität profitieren.

20.081 Unterirdischer Gütertransport. Bundesgesetz

Dienstag, 20. September 2021

Empfehlung SBV: ANNAHME.
Folgen Version Ständerat

Inhalt: Der Bundesrat will mit dem Gesetz für unterirdische Gütertransportanlagen die Voraussetzungen schaffen, damit das Projekt Cargo Sous Terrain verwirklicht werden kann. Mit dem neuen Gesetz sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Bau und den Betrieb der Transportanlage für kleinteilige Güter geschaffen werden. Das Bewilligungsverfahren lehnt sich weitgehend an das Eisenbahngesetz (EBG) an. Die unterirdische Gütertransportanlage wird als eigenständiger Bereich in den Sachplan Verkehr aufgenommen.

Bisherige Beratungen: Der Ständerat hat das Gesetz in der Sommersession behandelt und eine effiziente Grundlage geschaffen. Die Kommission des Nationalrates beschloss einstimmig darauf einzutreten.

Haltung SBV: Mit der Nutzung des Untergrundes beschreitet das Projekt Cargo Sous Terrain einen innovativen neuen Weg. Das UVEK würdigt dies mit einer effizienten Gesetzgebung. Das Gesetz soll ein flüssiges Verfahren zur Planung und Genehmigung der Anlagen sicherstellen und die Umsetzung zwischen den verschiedenen Kantonen abstimmen. Dieses Vorgehen ist begrüssenswert, was auch der Ständerat mit

seiner Behandlung würdigte. Dies sollte auch der Nationalrat tun, damit er dieses innovative Projekt nicht gefährdet.

21.045 Immobilienbotschaft EFD 2021

Donnerstag, 28. September 2021

Empfehlung SBV: ANNAHME.

Inhalt: Der Bundesrat beantragt mit der Immobilienbotschaft EFD 2021 Verpflichtungskredite in der Höhe von 364,3 Millionen Franken. Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) stellt mit seiner Immobilienpolitik die Wert- und Funktionserhaltung des von ihm betreuten Immobilienportfolios mit einem Anschaffungswert von rund 7,4 Milliarden Franken in den Vordergrund. Es verwendet dafür einen wesentlichen Teil der verfügbaren Voranschlagskredite.

Bisherige Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

Haltung SBV: Das Investitionsvolumen beläuft sich in normalem Rahmen und sollte nun zügig umgesetzt werden. Es bedeutet für das Bauhauptgewerbe wichtiges Auftragsvolumen, auf welches die Branche angewiesen ist, um eine Stütze der Wirtschaft zu bleiben. Im Fünf-Punkte-Plan ruft der Baumeisterverband in der Pandemiezeit dazu auf, geplante Projekte weiterzutreiben, damit die Baubranche die Konjunktur stützen und weiter vorantreiben kann. Mit der Immobilienbotschaft macht der Bundesrat einen ersten wichtigen Schritt innerhalb des Fünf-Punkte-Plans. Das Parlament kann dies mit einer effizienten Behandlung würdigen.

Ständerat

Der Ständerat behandelt folgende für den Baumeisterverband wichtigen Geschäfte:

17.304 Kt. Iv. Tessin. Sichere Strassen jetzt!

Montag, 13. September 2021

Empfehlung SBV: ABLEHNUNG.
Nichteintreten

Inhalt: Die Tessiner Standesinitiative fordert Mindeststandards für die Sicherheitssysteme der Lastwagen, um die Sicherheit auf den Transitstrassen im Alpengebiet zu erhöhen. Die Gesetzesrevision sieht darum vor, dass für schwere Motorwagen auf den Transitstrassen im Alpengebiet eine Ausrüstungspflicht für unfallvermindernde Assistenzsysteme gelten soll. Für bestimmte nicht grenzüberschreitende Transporte soll der Bundesrat eine längere Frist vorsehen können.

Bisherige Beratungen: Der Nationalrat hat die Gesetzesrevision angenommen.

Haltung SBV: Die vorgeschlagene Einführung eines Obligatoriums von Fahrassistenzsystemen resp. eines Fahrverbots für bereits in Verkehr stehenden Fahrzeuge stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand, der für betroffene Baufirmen nötig wäre. Bauunternehmungen sind vornehmlich im Binnenmarkt tätig und benötigen die von der Regelung betroffenen Teilstrecken zeitweise. Der SBV lehnt darum die Umsetzung zur Standesinitiative «Sichere Strassen jetzt!» ab.
Um die Sicherheit auf den Transitachsen der Schweiz zu erhöhen, wären durchgehend einspurige Streckenführungen in jede Richtung weit wirkungsvoller. In diesem Zusammenhang müssen Engpässe beseitigt, die Kapazitäten erweitert und der Sanierungstunnel am Gotthard so rasch wie möglich gebaut werden.

19.050 Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Dienstag, 14. September 2021

Empfehlung SBV: ANNAHME.

Inhalt: Die Vorlage «Stabilisierung der AHV» möchte das Leistungsniveau und das finanzielle Gleichgewicht der AHV sichern. Mit der AHV-Reform sollen auch Teile des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) angepasst werden, was für das Bauhauptgewerbe und für die Sicherstellung der Finanzierung der Frührente auf dem Bau mit 60 Jahren sehr wichtig ist.

Bisherige Beratungen: Beide Kammern haben das Geschäft behandelt und es läuft die Differenzbereinigung.

Haltung SBV: Für die Baubranche ist es wichtig, dass mit den Anpassungen präzisiert ist, dass das FZG nur für Vorsorgesysteme gilt, die zumindest teilweise kapitalfinanziert sind. Das ist in der aktuellen Fassung gegeben. Der flexible Altersrücktritt im Bauhauptgewerbe, der Bauarbeitern eine Frühpension ermöglicht, ist hingegen rein umlagefinanziert. Daher sollte der flexible Altersrücktritt nicht unter das FZG fallen, damit

dessen Leistungen im Bauhauptgewerbe aufrechterhalten werden können. Der SBV fordert ein rasches Voranschreiten der Reform. Die günstigsten, bisher vorgestellten Kompensationen für die Übergangsgeneration der Frauen genügen, um die Mehrheit im Volk zu sichern. Weitere Modellvorschläge und Berechnungen kosten unnötigerweise wertvolle Zeit.

20.4268 Mo. UREK-N. Erhöhung der Planungssicherheit für Projekte für Anlagen von nationalem Interesse zur Nutzung erneuerbarer Energien

Dienstag, 28. September 2021

Empfehlung SBV: ANNAHME.

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für eine Positivplanung - unter Einbezug der Kantone sowie der Verbände, denen ein Verbandsbeschwerderecht zukommt - für mögliche Standorte von Anlagen gemäss Art. 12 EnG (erneuerbare Energien) zu schaffen.

Bisherige Beratungen: Der Nationalrat hat die Motion in der letzten Session angenommen.

Haltung SBV: Für die Umsetzung der Energiestrategie braucht es dringend mehr Wasserkraftwerke. Für deren Realisation ist heute ein enormer administrativer Aufwand nötig und die Umsetzung wird durch die spät durchgeführte Interessensabwägung verunsichert. Geschieht die Abwägung verschiedener nationaler Interessen erst im Bewilligungsverfahren, haben die Bauherren bereits eine riesige finanzielle Vorleistung in der Projektierung erbracht. Vielfach kommt es im Bewilligungsverfahren zu Rechtsmittelverfahren und Projekte werden wegen konkurrierender nationaler Interessen über Jahre blockiert. Eine Positivplanung ist darum wünschenswert.

21.025 Zusatzkredit «Umfahrung Oberburg»

Dienstag, 28. September 2021

Empfehlung SBV: ANNAHME.

Inhalt: Der Bundesrat beantragt im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr zusätzliche Mittel von rund 77 Millionen Franken für die Umfahrung Oberburg.

Bisherige Beratungen: Der Nationalrat hat der Vorlage bereits zugestimmt.

Haltung SBV: Das Projekt «Umfahrung Oberburg» ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass es durch die fehlenden Verpflichtungsmöglichkeiten behindert würde. Zudem stehen nicht ausgeschöpfte Mittel aus den vorangegangen Agglomerationsprogrammen zur Verfügung. Die Voraussetzungen für einen Zusatzkredit sind damit erfüllt.

21.046 Veloweggesetz

Dienstag, 28. September 2021

Empfehlung SBV: ÄNDERUNG.
Streichen Art. 10 Abs. 2
Streichen Art. 18 Abs. 1 lit. b sowie Abs. 3 (Mehrheit Kommission SR folgen)

Inhalt: Der Bundesrat hat ein neues Veloweggesetz erarbeitet. Im Zentrum stehen dabei eine Planungspflicht für Velowegnetze, die Definition von übergeordneten Planungsgrundsätzen, der Ersatz bei der Aufhebung von Velowegen und die Information über Velowegnetze.

Bisherige Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

Haltung SBV: Ein gut ausgebautes Velowegnetz ist angezeigt. Damit sich Autos und Velos, Schnell- und Langsamverkehr nicht in die Quere kommen, ist eine Entflechtung der Verkehrswege wichtig – wie dies in einigen anderen europäischen Ländern bereits mit Hochdruck umgesetzt wird. Ein neues Bundesgesetz für Velowege, welches die Mobilitätsentwicklung der Zukunft ermöglicht, ist darum sehr begrüssenswert. Hingegen sollten dabei weder Fachorganisationen subventioniert (streichen Art. 10 Abs.2) noch Beschwerderechte unnötig ausgeweitet werden (Art. 18 Abs 1 lit b & Abs. 3).

21.305 Kt. Iv. Jura. Moratorium für den Aufbau des 5G-Millimeterwellennetztes

Dienstag, 28. September 2021

Empfehlung SBV: ABLEHNUNG.

Inhalt: Der Aufbau eines 5G-Millimeterwellen-Netzes soll unter ein Moratorium gestellt werden, bis eine Schweizweite Übersicht zur Strahlenbelastung vorliegt.

Bisherige Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

Haltung SBV: 5G ist eine wichtige Bedingung für die Baustelle der Zukunft. Eine hohe und zuverlässig übertragbare Datenmenge ist eine Voraussetzung dazu. Mit 5G wird insbesondere die Zuverlässigkeit sichergestellt. Zudem schafft es neue Chancen für die peripheren Gebiete, welche sich nebst den Agglomerationen auch weiter entwickeln müssen. Auch dafür muss eine gute und schelle Internetabdeckung erzielt werden können.

21.032 Entsendegesetz. Änderung

Mittwoch, 29. September 2021

Empfehlung SBV: ABLEHNUNG.

Inhalt: Der Bundesrat legt mit der Vorlage die Umsetzung der Motion 18.3473 Abate; «Optimierung der flankierenden Massnahmen. Änderung von Artikel 2 des Entsendegesetzes» vor. Darin sollte das Entsendegesetz (EntsG) so geändert werden, dass ausländische Arbeitgeber, die ihre Angestellten in die Schweiz entsenden, zur Einhaltung auch derjenigen minimalen Lohnbedingungen verpflichtet werden können, die in einem kantonalen Gesetz vorgeschrieben sind.

Bisherige Beratungen: Die Kommission hat den Entwurf behandelt und beantragt mit 8 zu 3 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Haltung SBV: Der SBV lehnt den Vorschlag zur Änderung des Entsendegesetzes ab. Die vorgeschlagenen Änderungen entsprechen in keiner Art und Weise der Umsetzung der Motion Abate. Kantonale Mindestlöhne sind gemäss Rechtsprechung ausschliesslich im Sinne einer sozialpolitischen Massnahme zulässig. Die vorgeschlagenen Änderungen stellen zudem einen nicht akzeptablen Eingriff in den sozialpartnerschaftlichen Vollzug von allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen durch paritätische Kommissionen dar.

20.3531 / 20.3531 Mo. Caroni / Rieder. Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen

Donnerstag, 30. September 2021

Empfehlung SBV: ANNAHME.

Inhalt: Die Motionen beauftragen den Bundesrat, die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, um Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen einzudämmen.

Bisherige Beratungen: Die WAK-S hat das Geschäft behandelt und stimmt der Motion zu.

Haltung SBV: Der Baumeisterverband unterstützt die Motionen, weil sie den Wettbewerb stärken und Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen eindämmen. Staatsunternehmen und staatsnahe Betriebe haben einen klar umrissenen Auftrag, bestimmte Güter und Dienstleistungen zu erbringen. Stossend ist, dass sie sich teilweise über ihr Mandat hinwegsetzen und private Unternehmen konkurrenzieren und damit letztlich den Wettbewerb einschränken. Sie führen mitunter zu weniger volkswirtschaftlicher Effizienz und zu ungewünschter Umverteilung, denn die Staatsunternehmer verfügen über Vorteile gegenüber privaten Unternehmen.

21.3688 Mo. Wicki. Stellenmeldepflicht. Verbesserte Qualität bei der Grundlagenerhebung

Donnerstag, 30. September 2021

Empfehlung SBV: ANNAHME.

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu treffen, damit die Grundlagenerhebung für die Stellenmeldepflicht qualitativ verbessert wird. Insbesondere sind die Erhebungsdokumente dahingehend zu verbessern, dass die Qualitätsniveaus innerhalb einer Berufsgattung mitberücksichtigt werden müssen.

Bisherige Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

Haltung SBV: Eine griffige Umsetzung der Stellenmeldepflicht mit qualitativ guten Grundlagen kann inländischen Arbeitssuchenden helfen und im Arbeitsmarkt gute Impulse setzen. Basiert die Stellenmeldepflicht jedoch auf ungenau erfassten Daten, resultiert wirkungslose Bürokratie mit Schaden für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dies ist aktuell im Strassenbau der Fall, wo trotz Fachkräftemangel wegen ungenauer Daten die Stellenmeldepflicht mit entsprechenden Verzögerungen gilt. Solche Qualitätsmängel will die Motion beheben.

Impressum

Schweizerischer Baumeisterverband
Weinbergstrasse 49 / Postfach
8042 Zürich

Bereich Politik & Kommunikation
Bernhard Salzmann
Vizedirektor, Leiter Politik & Kommunikation
Tel. 058 360 76 30
bsalzmann@baumeister.ch

Dossiers:
Arbeitsrecht und Sozialversicherungen
Matthias Engel
Tel. 058 360 76 35
mengel@baumeister.ch

Klima-, Energie- und Umweltpolitik
Laurent Widmer
Tel. 058 360 77 01
lwidmer@entrepreneur.ch

Wirtschafts- und Finanzpolitik
Martin Maniera
Tel. 058 360 76 40
mmaniera@baumeister.ch

Raumpolitik / Infrastruktur & Mobilität
Gian Nauli
Tel. 058 360 76 36
gnauli@baumeister.ch